

# AKTIVES MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.



DAS GESTAPOGEFÄNGNIS UND KONZENTRATIONSLAGER  
COLUMBIA-HAUS

Gedenken und erinnerungspolitische Debatten

MITGLIEDERRUNDBRIEF 86 · JANUAR 2022

# IMPRESSUM

---

## Aktives Museum

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14

10785 Berlin

Tel. +49(0)30-263 9890 39

Fax +49(0)30-263 9890 60

info@aktives-museum.de

www.aktives-museum.de

## Vorstand

Dr. Christoph Kreuzmüller Vorsitzender

Robert Bauer stellvertr. Vorsitzender

Marion Goers stellvertr. Vorsitzende

Dr. Karoline Georg

Astrid Homann

Dr. Akim Jah

Dr. Gerd Kühling

Angelika Meyer

Dr. Ruth Preusse

Lotte Thaa

## Geschäftsführer

Kaspar Nürnberg

## Redaktion

Kaspar Nürnberg

## Konzept und Gestaltung

Lehmann & Werder Museumsmedien

in Kooperation mit Elke Lauströer, Grafik Design

## Druck

Hans Gottschalk Druck & Medien GmbH

www.druckgott.de

## Neue Mitglieder sind willkommen!

Jahresbeitrag 55,00 Euro, ermäßigt 27,50 Euro

## Spendenkonto

Berliner Sparkasse

IBAN: DE87 1005 0000 0610 0122 82

BIC: BELADEBEXX

## Bildrechtenachweis

Titel Scherl / Süddeutsche Zeitung Photo

S. 3 Scherl / Süddeutsche Zeitung Photo

S. 4 Bundesarchiv, Bild 102-02371A, Fotograf: Georg Pahl

S. 5 Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Berlin /

Landesarchiv Berlin, Fotograf: Waldemar Titzenthaler

S. 6 <https://commons.wikimedia.org>, Von Beek100 -

Eigenes Werk, CC BY-SA 3.0

S. 7 Koordinierungsstelle Historische Stadtmarkierungen,

Fotografin: Nora Hogrefe

S. 8 Stiftung Topographie des Terrors, Berlin

S. 10 Koordinierungsstelle Historische Stadtmarkierungen,

Fotografin: Nora Hogrefe

S. 11 Nihad Nino Pušija, Berlin

S. 12 Nihad Nino Pušija, Berlin

S. 15 Salon am Moritzplatz, Berlin; Fotograf: Christopher Paksi

S. 20 Hajo Dietz, Nürnberg

S. 22 Christoph Kreuzmüller, Berlin

S. 23 Privatarchiv

## INHALT

---

- 2 **Editorial**  
Christoph Kreuzmüller
- 3 **Das Gestapogefängnis und Konzentrationslager Columbia-Haus.  
Gedenken und erinnerungspolitische Debatten**  
Karoline Georg
- 10 **Notizen anlässlich der Anbringung einer Berliner Gedenktafel für Imre Kértész**  
Christine Fischer-Defoy
- 11 **Ein Stolperstein für Bruno Lüdke.  
Gedenkrede vor dem Grundstück Grüne Trift 32 in Köpenick am 28. August 2021**  
Axel Doßmann / Susanne Regener
- 14 **Debatten über Erinnerungskultur im öffentlichen Raum.  
Kollaborative Erinnerungs- und Gedenkprojekte in Berliner Bezirken.  
Der sechste „Salon“ des Aktiven Museums**  
Lotte Thaa
- 17 **Intersektionale Erinnerungsarbeit und sensible Sprache.  
Einige Gedanken anschließend an die Diskussion während unseres letzten Salons**  
Nora Hogrefe
- 20 **Kampf um Grund und Boden.  
Die Berliner Weltkulturerbe-Sozialsiedlungen gestern und heute**  
Christoph Ehmann
- 22 **#LastSeen.  
Auf der Suche nach Bildquellen zu den Deportationen aus dem Deutschen Reich 1938-1945**  
Katharina Menschick / Lisa Paduch
- 24 **crowdCuratio.  
Von der Bedarfsanalyse zur Testversion**  
Astrid Homann

## Liebe Mitglieder, sowie Freundinnen und Freunde des Aktiven Museums,

Erst vor ein paar Tagen stand ich mit Weihnachtsgeschenken in der Hand in meiner Lieblingsbuchhandlung. Deren Inhaberin und ich stellten gemeinsam fest, dass das letzte Jahr – oder das vorletzte, jedenfalls die letzte Zeit... – merkwürdig an uns vorbeigeflossen zu sein schien. Wir hatten beide diesbezüglich ein wenig die Orientierung verloren. Schnell schalteten sich die beiden anderen Kundinnen ein: Ihnen war es ähnlich gegangen. Die Pandemie scheint bleiern auf unserem gewohnten Zeitgefühl zu liegen.

Während ich damit noch hadere, kann das Aktive Museum auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Wir konnten vierzehn neue Mitglieder begrüßen, die Koordinierungsstelle Historische Stadtmarkierungen sich entfalten sehen, einen Layer in der berlinHistory App aufbauen, unser Projekt über „Judenhäuser und -wohnungen in Berlin“ profilieren (im kommenden Heft dann mehr dazu!), das Ausstellungs-Tool crowdCuratio voranbringen (Astrid Homann bringt uns hinten im Heft diesbezüglich auf den neuesten Stand). Und, und und... Das erfüllt mich mit großer Freude.

Letztlich zeugt auch der prall gefüllte Rundbrief von der spannenden Entwicklung, die unser Verein nimmt: Auf ihre kürzlich vorgestellte großartige Dissertation aufbauend, skizziert meine Vorstandskollegin Karoline Georg die erinnerungspolitischen Debatten über das lange vergessene Gestapogefängnis und Konzentrationslager Columbia-Haus. Hieran thematisch anschließend berichtet Lotte Thaa, die jüngst in den Vorstand des Vereins gewählt worden ist, vom sechsten Salon des Aktiven Museums, der sich der „kollaborativen Erinnerungs- und Gedenkprojekte in Berliner Bezirken“ angenommen hatte. Bei dem Salon, den ich insgesamt als ungemein spannend und bereichernd empfand, kam es gegen Ende zu einem Streitgespräch über diskriminierende Sprache, was Nora Hogrefe, die Leiterin der Koordinierungsstelle Historische Stadtmarkierungen, in ihrem Beitrag reflektiert. Und da die Koordinierungsstelle ja auch für die Anbringung der

Berliner Gedenktafeln zuständig ist, lässt uns meine Vorgängerin Christine Fischer-Defoy (die soeben ihren siebzigsten Geburtstag gefeiert hat – die herzlichsten Glückwünsche von uns allen!!!) an ihren Gedanken bei der (pandemiebedingt nicht öffentlichen) Enthüllung einer solchen Tafel für Imre Kertész teilhaben.

Auf der wohl größten – und medienwirksamsten – Veranstaltung des Jahres konnten wir im August 2021 auf Wunsch von Mario Adorf einen Stolperstein für Bruno Lüdke verlegen lassen. Adorf hatte Lüdke in einem Film von Robert Siodmak 1957 als Bestie dargestellt. Wie Axel Doßmann und Susanne Regener herausgefunden und bei der sehr bewegenden Verlegung im Beisein von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier auch ausgeführt haben, war der arme Mann aber von einem NS-Kriminalpolizeibeamten zum Massenmörder erklärt worden, obwohl er an keiner Tat beteiligt war.

Christoph Ehmann nimmt in seinem Beitrag das Wirken von Bruno Taut und Martin Wagner in Berlin, bevor beide später in die Emigration gezwungen wurden, zum Anlass, über Stadtraum und öffentliche Verantwortung für Grund und Boden nachzudenken. Schließlich machen uns Katharina Menschick und Lisa Paduch in ihrem Beitrag mit dem entstehenden digitalen Bildatlas #LastSeen vertraut. Dem Atlas (und der Forschung) fehlt freilich immer noch ein Bild der Deportationen aus Berlin! Wenn der Aufruf in diesem Rundbrief einen Beitrag dazu leisten könnte, dass wir diese Fehlstelle beheben könnten, wäre das großartig.

Ganz herzliche Grüße, auch namens meiner Vorstandskolleg\*innen

*Christoph Kreutzmüller*  
Vorsitzender

## DAS GESTAPOGEFÄNGNIS UND KONZENTRATIONSLAGER COLUMBIA-HAUS

Gedenken und erinnerungspolitische Debatten

Das Tempelhofer Feld in Berlin ist seit vielen Jahren Gegenstand öffentlicher Debatten um Naherholung, Erinnerung und zukünftige Stadtentwicklung. Mit der Schließung des Flughafens Tempelhof im Jahr 2008 ist das Tempelhofer Feld zu einem Inbegriff von Bürger\*innenbeteiligung geworden – zahlreiche Initiativen haben sich gegründet, unterschiedliche Interessen prallen hier aufeinander. Sollen Wohnungen gebaut werden, die dringend benötigt werden? Welche Rolle spielt eine solch' große Freifläche mit Blick auf den kommenden Klimawandel für eine ökologische Stadtentwicklung? Die Berliner Politik steht unter dem Druck, der gewollten Mitsprache von Anwohner\*innen gerecht zu werden und unterschiedliche Interessen in der weiteren Entwicklung des Geländes zu berücksichtigen.

In all diesen Debatten um die Zukunft des Tempelhofer Feldes spielt auch die Geschichte des Geländes eine Rolle. War über viele Jahrzehnte die Erinnerung an die alliierte Luftbrücke von 1948/49 mit Blick auf Tempelhof vorherrschend, so ist die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen, die dort zwischen 1933 und 1945 verübt worden sind, nun ebenfalls in den Fokus des Gedenkens und der erinnerungspolitischen Debatten geraten.

Im 18. Jahrhundert – das Tempelhofer Feld liegt damals noch vor den Toren Berlins – wird es vom Preußischen Militär als Parade- und Exerzierplatz genutzt, aber auch der Naherholung dient es bereits. Am Ende der 18. Jahrhunderts entstehen am Nordrand des Tempelhofer Feldes ein Kasernenkomplex und eine Militärarrestanstalt, die als solche bis 1918 genutzt wird. Anschließend wird das Gebäude als Strafgefängnis genutzt, ab Ende der 1920er-Jahre steht es vermutlich leer.

Mit der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 wendet sich die Geschichte des Tempelhofer Feldes maßgeblich: Zum einen nutzt die NSDAP das Feld für riesige Massenveranstaltungen, wie etwa am 1. Mai 1933, als mehr als eine Million Menschen dort zum sogenannten Tag der nationalen Arbeit zusammenkommen.<sup>1</sup> Zum anderen errichtet die nationalsozialistische Führung hier Folterstätten und Orte des frühen Terrors: In den Kasernen in der Friesenstraße wird vermutlich ab Februar 1933 das neu geschaffene Terrorinstrument „Polizeibereitschaft zur besonderen Verwendung (kurz: z.b.V.)“ untergebracht. Leiter der Bereitschaft ist Walter Wecke, Mitbegründer der Berliner NSDAP und Vertrauter Hermann Görings. Ab Mitte März 1933 führt die „Polizeibereitschaft z.b.V.“ unter Wecke systematische Razzien vor allem gegen Kommunist\*innen in der gesamten Stadt durch. Sie verschleppen zahlreiche Menschen in die Friesenkasernen, wo diese aufs Schwerste misshandelt werden. Zudem gibt es Hinweise darauf, dass in einem weiteren Komplex dieser Kasernen die SS-Leibstandarte Adolf Hitler aufgestellt und bis vermutlich Sommer 1933 dort ausgebildet wird.<sup>2</sup>



Das spätere Columbia-Haus, um 1930

Im Frühjahr 1933 beginnt die SS schließlich, politische Gefangene in die ehemalige Militärarrestanstalt am Nordrand des Tempelhofer Feldes zu verschleppen. Das ehemalige Gefängnis wird nun als Columbia-Haus zu einem der zentralen Orte des nationalsozialistischen



*Der 1. Mai 1933 auf dem Tempelhofer Feld*

Terrors in der Reichshauptstadt. Während zahlreiche andere, von der SA eingerichtete Folterstätten nach einigen Wochen oder Monaten wieder verschwinden, wird das Columbia-Haus zum wichtigen Inhaftierungs-ort der Geheimen Staatspolizei in Berlin. Das Geheime Staatspolizeiamt in der damaligen Prinz-Albrecht-Straße (heute Niederkirchnerstraße) hat ein eigenes Hausgefängnis, das angesichts der rapide steigenden Inhaftierungszahlen schnell überfüllt ist. So wird das Columbia-Haus zunächst zum Gestapogefängnis und Ende 1934 der „Inspektion der Konzentrationslager“ unterstellt. Das KL oder KZ Columbia ist fortan das einzige offizielle Konzentrationslager auf Berliner Boden – abgesehen von späteren Außenlagern des KZ Sachsenhausen.

Insgesamt werden in der „Columbia-Hölle“, wie das Gefängnis unter Häftlingen genannt wird, etwa

8.000 Männer inhaftiert. Zunächst sind es vor allem Kommunisten, Sozialdemokraten, Sozialisten und Gewerkschafter. Mit der Ausweitung der Verfolgung kommen im Laufe der Jahre weitere Häftlingsgruppen hinzu: Geistliche, Zeugen Jehovas, Juden, Künstler und andere als unangepasst Definierte. Mit der verschärften Verfolgung homosexueller Männer durch die Gestapo in Berlin werden schließlich 1935 mehr Männer im Zuge der Homosexuellenverfolgung als politische Häftlinge in das KZ Columbia eingeliefert. Die Haftbedingungen im Columbia-Haus sind unerträglich. Die 156 Einzelzellen sind ständig überbelegt, die Häftlinge müssen auf Strohsäcken oder dem nackten Boden schlafen. Die Versorgung ist völlig unzureichend: Es gibt wenig Nahrung, keine wirkliche medizinische Versorgung und auch die hygienischen Zustände sind menschenunwürdig. Die SS foltert und misshandelt die Häftlinge systematisch. Viele von ihnen tragen

bleibende Schäden davon oder erliegen nach der Haft ihren Verletzungen. Es gibt keine genaue Zahl der dort verübten Morde; einige Namen von Opfern sind überliefert, viele sind bis heute unbekannt geblieben. Vor nunmehr 85 Jahren, am 5. November 1936, wird das KZ Columbia geschlossen. Als Nachfolgelager dient das Konzentrationslager Sachsenhausen, vor den Toren Berlins in Oranienburg errichtet.

1933 befiehlt Adolf Hitler den Neubau des Flughafens. Als Architekt wird der Regierungsbaurat Ernst Sagebiel beauftragt, finanziell liegt der Neubau in der Verwaltung des Reichsluftfahrtministeriums. Die Bauarbeiten beginnen 1936. Sagebiel entwirft ein modernes Flughafengebäude, das sich in die Pläne von



Die Militärarrestanstalt, das spätere Columbia-Haus, um 1897

Albert Speer für den Umbau der nationalsozialistischen Reichshauptstadt einfügt. Im Zuge der Bauarbeiten wird das ehemalige Columbia-Haus 1938 abgerissen. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges ist ein großer Teil des Flughafens gebaut, danach gehen die Arbeiten nur noch langsam voran, sodass der Gebäudekomplex nie fertiggestellt wird.<sup>3</sup>

Mit Kriegsbeginn wird Tempelhof zu einem Militärflugplatz und die zivile Luftfahrt stark eingeschränkt. Tempelhof wird zu einem Produktionsort der Rüstungsindustrie. Die Deutsche Lufthansa AG und die „Weser“ Flugzeugbau GmbH errichten auf dem Gelände im Winter 1939/1940 ihre Werkstätten. Beide Firmen setzen ausländische Arbeitskräfte ein, darunter etwa 3.000 Zwangsarbeiter\*innen. Unter ihnen sind polnische, französische, niederländische, belgische, tschechische und später auch sowjetische Zwangsarbeiter\*innen. Ab 1941 werden hier auch Berliner Jüdinnen und Juden zur Zwangsarbeit eingesetzt. Zur Unterbringung der Zwangsarbeiter\*innen werden auf dem Tempelhofer Feld Baracken errichtet, es entstehen mindestens zwei Lagerkomplexe. Sie sind mit Stacheldraht umzäunt und werden bewacht. Die Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter\*innen sind sehr schlecht; die Versorgung ist völlig unzureichend.<sup>4</sup>

In den 1980er-Jahren beginnt die Aufarbeitung der Geschichte des Columbia-Hauses. 1983, anlässlich des



Titelseite der Arbeiter-Illustrierten-Zeitung vom 23. Mai 1935. Im Heft erschien der Bericht eines ehemaligen Wachmannes, der im April 1935 gemeinsam mit zwei Häftlingen aus dem KZ Columbia geflohen war.

50. Jahrestages der sogenannten Machtübernahme, beschließt die Tempelhofer Bezirksverordnetenversammlung, eine Ausstellung zu erarbeiten sowie eine Dokumentation zur Geschichte des Bezirks während des Nationalsozialismus und ein Gedenkbuch für die Opfer herauszugeben. Beauftragt wird damit unter anderem Dr. Kurt Schilde, der 1987 eine Dokumentation über die Geschichte Tempelhoofs während des Nationalsozialismus und weitere Publikationen veröffentlicht.<sup>5</sup> Auch andere Akteur\*innen wie die Tempelhofer Jusos engagieren sich in den 1980er-Jahren bereits stark für eine Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen in Bezirk. 1990 bündeln Kurt Schilde und Johannes Tuchel, der in den 1980er-Jahren zur Inspektion der Konzentrationslager forscht, ihre Forschungsergebnisse und veröffentlichen die erste Monografie zum Columbia-Haus. Etwa zeitgleich lobt der Bezirk Tempelhof einen Kunstwettbewerb für ein Denkmal in Erinnerung an das Columbia-Haus aus. Der Entwurf des Bildhauers Georg Seibert wird prämiert und schließlich 1994 umgesetzt. Das Denkmal wird allerdings nicht am historischen Ort des Columbia-Hauses errichtet: Es befindet sich auf der gegenüberliegenden Straßenseite des Columbiadamms, also nicht mehr auf dem Gebiet des Tempelhofer Feldes. Grund dafür ist damals, dass die US-amerikanische Armee das Gelände noch bis 1994 als Luftstützpunkt nutzt und es daher nicht zugänglich ist.<sup>6</sup>



Das von Georg Seibert 1994 gestaltete Mahnmal in Erinnerung an das Columbia-Haus

Bis heute ist das Columbia-Haus in der Berliner Geschichtserzählung wenig präsent, auch wenn es mittlerweile eine größere Rolle im stadtpolitischen Gedenken spielt. 1988 schreibt Kurt Schilde dazu: „Über vierzig Jahre nach dem Ende des deutschen Faschismus ist die Bedeutung des Columbia-Hauses [...] – einer der zentralen Folterstätten seit den ersten Monaten des NS-Regimes – fast unbekannt. Nur Eingeweihte und/oder überlebende politische Gefangene wissen noch von der Existenz des ehemaligen ‚wilden Konzentrationslagers‘ auf dem Tempelhofer Feld.“<sup>7</sup>

Doch warum ist das ehemalige Gestapogefängnis und Konzentrationslager Columbia-Haus jahrzehntelang in Vergessenheit geraten? Der wichtigste und offensichtlichste Grund hierfür ist sicherlich, dass das Gebäude des Columbia-Hauses 1938 abgerissen worden ist und es somit kein physisches Bauwerk mehr gab, das zur Erinnerung mahnte. Wie auch die Gründungsgeschichte des Aktiven Museums zeigt, mussten Erinnerung und Gedenken an viele ehemalige Orte des nationalsozialistischen Terrors aus der Gesellschaft heraus erkämpft werden. Es stellt sich auch die Frage, wie an das Columbia-Haus erinnert worden wäre, hätte es sich nicht in West-Berlin, sondern im Ostteil der Stadt befunden. Es hätte sicherlich gut in die antifaschistische Geschichtsschreibung der DDR gepasst. Hier waren bekannte Kommunisten wie etwa John Schehr oder Werner Hirsch inhaftiert, auch Erich Honecker war einer der „Schutzhäftlinge“. Zudem war das Columbia-Haus ein frühes Konzentrationslager, das nur bis 1936 bestand. Häufig trat in den Erinnerungen und den Berichten ehemaliger Häftlinge das Columbia-Haus zurück, da für viele von ihnen weitere Jahre im Strafvollzug oder im System der Konzentrationslager folgten: Für sie war das Columbia-Haus die erste Station dieser oft jahrelangen Odyssee. Andere ehemalige Insassen sprachen nach 1945 überhaupt nicht über ihre Erlebnisse: Wie geschildert, waren neben den politischen Gegnern des Systems Homosexuelle die zweitgrößte Gruppe von Häftlingen. Sie schwiegen meist über ihre Haft, stand doch Homosexualität weiterhin unter Strafe und gab es wegen dieser Kontinuität keine Anerkennung der

nationalsozialistischen Verfolgung. Zuletzt muss die Rolle der Luftbrücke 1948/49 hervorgehoben werden: Den Alliierten gelang es, trotz der sowjetischen Blockade West-Berlin ausreichend zu versorgen. Tempelhofer wurde zu ihrem Sinnbild; sofern es noch Erinnerungen an die dort verübten Verbrechen gab, konnten diese nun durch ein positives Narrativ ersetzt werden.

Mit der Schließung des Flughafens verstärken sich ab 2008 auch wieder die Debatten um die Erinnerung an die nationalsozialistischen Verbrechen auf dem Tempelhofer Feld. Es entstehen zahlreiche Initiativen rund um die Frage der zukünftigen Nutzung des Geländes. So zum Beispiel 2011 die Initiative 100% Tempelhofer Feld, die schließlich erfolgreich in einem Volksbegehren das „Gesetz zum Erhalt des Tempelhofer Feldes“ (ThF-Gesetz) durchsetzt, das unter anderem die Bebauung des Feldes verbietet, aber auch ein angemessenes Gedenken fordert. Einen großen Beitrag zur Erinnerung und Aufarbeitung der Geschichte der nationalsozialistischen Verbrechen auf dem Tempelhofer Feld hat auch der 2010 gegründete „Förderverein zum Gedenken an Nazi-Verbrechen um und auf dem Tempelhofer Flugfeld e.V.“ (kurz: THF 1933-1945) um seine Vorsitzende Beate Winzer geleistet.

Auf Antrag der SPD und der Linken beschließt das Berliner Abgeordnetenhaus 2011, einen Gedenk- und Informationsort am Columbiadamm zu schaffen, der sowohl an das Columbia-Haus, als auch an die Zwangsarbeitslager und die Rolle des Flughafens während des Zweiten Weltkrieges dauerhaft erinnern soll. Seitdem ist viel geschehen, auch wenn es noch immer kein endgültiges Konzept für das Gedenken an die NS-Verbrechen auf dem Tempelhofer Feld gibt: Zwischen 2012 und 2015 entsteht der „Informationspfad zur Geschichte des Tempelhofer Feldes“, realisiert vom Berliner Forum für Geschichte und Gegenwart. 27 Text-/Bildtafeln informieren nun über die Geschichte des Geländes seit dem 13. Jahrhundert bis in die 1990er-Jahre.<sup>8</sup> Ebenfalls ab 2012 finden auf dem Gelände archäologische Ausgrabungen unter der Leitung von Prof. Dr. Reinhard Bernbeck und Dr. Susan Pollock von der Freien Universität Berlin statt, durch die deutliche Spuren der NS-Zwangsarbeitslager zu Tage



Tafel zum Columbia-Haus als Teil des „Informationspfades zur Geschichte des Tempelhofer Feldes“ des Berliner Forums für Geschichte und Gegenwart e.V.



*Der prämierte Entwurf für ein temporäres Gedenken an das Columbia-Haus von Martin Bennis und dem Weidner Händle Atelier*

treten. Bei den Ausgrabungen auf dem Gebiet des ehemaligen Columbia-Hauses zeigt sich allerdings, dass das Gebäude – damals eigentlich noch nicht üblich – tiefenentrümmert worden ist. Daher können nur einige wenige Spuren gesichert werden.<sup>9</sup>

2013 eröffnet die Gedenkstätte Deutscher Widerstand die Ausstellung „Warum schweigt die Welt?!“ Häftlinge im Berliner Konzentrationslager Columbia-Haus 1933 bis 1936“, die seitdem als Wanderausstellung ausgeliehen werden kann.<sup>10</sup> Außerdem existiert die Webseite [www.columbiahaus.de](http://www.columbiahaus.de), auf der die Inhalte der Ausstellung und weitere Biografien von ehemaligen Häftlingen präsentiert werden. Die von der Topographie des Terrors 2019 erarbeitete Ausstellung „Ein weites Feld. Der Flughafen Tempelhof und seine Geschichte“ wird derzeit im Besuchszentrum des Flughafengebäudes gezeigt.

Der 2011 im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen des Landes Berlin gegründeten Tempelhof Projekt GmbH obliegt nun die Gestaltung des Geländes und des Flughafengebäudes. Der 2012 von der Stiftung Topographie des Terrors ins Leben gerufene Runde Tisch „Historische Markierungen Tempelhofer Feld“ wird mittlerweile unter dem Schirm der Tempelhof Projekt GmbH weitergeführt. Hier kamen und kommen Vertreter\*innen der Verwaltung, Gedenkstätten, die Tempelhof Projekt GmbH, Initiativen sowie Anwohner\*innen zusammen. Auch der Runde Tisch fordert die Einrichtung eines Gedenkortes. Geplant ist eine Geschichtsgalerie auf dem Dach des Flughafengebäudes und in einem Teil des Gebäudes. Es bleibt allerdings unklar, wann die Geschichtsgalerie tatsächlich umgesetzt werden kann. 2020 lobt die Senatsverwaltung für Kultur und Europa gemeinsam mit der Topographie des Terrors einen Wettbewerb für eine

temporäre Gestaltung aus. Prämiert wird der Entwurf von Martin Bennis und dem Weidner Händle Atelier: Der Schriftzug „nicht mehr zu sehen“ soll an der Stelle, wo sich das Columbia-Haus damals befunden hat, zu sehen sein. Mehrere Meter lange Buchstaben werden in Ziegelbruch auf der Böschung angebracht, in Erinnerung an die rote Backsteinbauweise des Columbia-Hauses.

Gerade wurde der Koalitionsvertrag zwischen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken unterzeichnet. Zur weiteren Entwicklung des Flughafengeländes in Tempelhof findet sich wenig: „Die Bestandsnutzungen am ehemaligen Flughafen Tempelhof werden sukzessive gesichert. Rechtlich zulässige Zwischennutzungen, die keine erheblichen Baumaßnahmen erfordern sowie anderweitig finanziert und verantwortet werden, können – ohne einer Zielstruktur vorzugreifen – zugelassen werden.“ Außerdem wird für diese Legislatur eine Randbebauung des Tempelhofer Feldes ausgeschlossen.<sup>11</sup> Erinnerungspolitisch sind hier keine neuen Vorhaben formuliert. Der Kampf um Erinnerung geht also weiter.

Karoline Georg

*Dr. Karoline Georg ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Gedenkstätte Stille Helden, leitet die historisch-politische Bildungsarbeit im Museum Blindenwerkstatt Otto Weidt und ist Beisitzerin im Vorstand des Aktiven Museums.*

*Im Juni 2021 erschien ihre Dissertation „Jüdische Häftlinge im Gestapogefängnis und Konzentrationslager Columbia-Haus 1933–1936“ im Metropol Verlag.*

1) vgl. Topographie des Terrors (Hrsg.), Ein weites Feld. Der Flughafen Tempelhof und seine Geschichte, Berlin 2019, S. 20-21.

2) vgl. Kurt Schilde, Johannes Tuchel, Columbia-Haus. Berliner Konzentrationslager 1933-1936, Berlin 1990, S. 22-25.

3) vgl. Topographie des Terrors, Ein weites Feld, S. 43 sowie Elke Dittrich, Der Flughafen Tempelhof – Ein Vorbild für den Flughafenbau?, im selben Band, S. 162-176.

4) vgl. Topographie des Terrors, ein weites Feld, S. 55-84; <http://www.tempelhofer-unfreiheit.de/de/stadtspaziergang-tempelhofer-feld-3-zwangsarbeit> (zuletzt eingesehen am 21.12.2021) sowie Matthias Heisig, Die „Weser“ Flugzeugbau GmbH auf dem Flughafen Tempelhof – Rüstungsproduktion und Zwangsarbeit für den Krieg, in: Kein Ort der Freiheit – Das Tempelhofer Feld 1933-1945, Berlin 2012, S. 43-61.

5) Zurückgreifen konnte er dabei unter anderem auf das Material, das von der West-Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in jahrelanger Arbeit zusammengetragen worden war, Auskunft von Dr. Kurt Schilde im November 2021. Vgl. auch Kurt Schilde, „Erinnern und nicht vergessen. Vom Columbia-Haus zum Schulenburggring“. Ergebnisse und Perspektiven der Arbeit im Heimatmuseum Berlin-Tempelhof, in: Mitteilungen und Materialien, Heft Nr. 27/1988, S. 65-96.

6) vgl. Stefanie Endlich, „NICHT MEHR ZU SEHEN“. Ein Schriftzug für den Erinnerungsort KZ Columbia in Berlin, in: Gedenkstättenrundbrief Nr. 201, S. 2-13.

7) vgl. Schilde, Erinnern und nicht vergessen, S. 65-66. Der Begriff des „wilden KZ“ wird heute nicht mehr verwendet.

8) vgl. Endlich, „NICHT MEHR ZU SEHEN“.

9) vgl. Reinhard Bernbeck, Materielle Spuren des nationalsozialistischen Terrors. Zu einer Archäologie der Zeitgeschichte, Bielefeld 2017.

10) vgl. Katalog zur Ausstellung: Karoline Georg, Kurt Schilde, Johannes Tuchel: „Warum schweigt die Welt?!“ Häftlinge im Berliner Konzentrationslager Columbia-Haus 1933 bis 1936, Berlin 2013.

11) Zukunftshauptstadt Berlin. Sozial. Ökologisch. Vielfältig. Wirtschaftsstark. Entwurf zur Beschlussfassung des Koalitionsvertrages 2021-2026, online unter: <https://spd.berlin/koalitionsvertrag> (zuletzt eingesehen am 21.12.2021), S. 11-12, 14.

## NOTIZEN ANLÄSSLICH DER ANBRINGUNG EINER BERLINER GEDENKTADEL FÜR IMRE KÉRTESZ



Am 4. November 2021 wurde, coronabedingt ohne die obligatorische Enthüllungsveranstaltung, am Haus Meinekestraße 3 in Charlottenburg eine Berliner Gedenktafel für Imre Kertész angebracht, die an den Berlin-Aufenthalt des ungarischen Schriftstellers in den Jahren 2001 bis 2012 erinnert. Kertész war von 2002 bis 2003 auch „Fellow“ des Wissenschaftskollegs zu Berlin.

Imre Kertész, geboren am 9. November 1929 in Budapest, wurde wegen seiner jüdischen Herkunft im Juli 1944 in der ungarischen Hauptstadt verhaftet und zunächst in das Vernichtungslager Auschwitz, von dort dann in das Konzentrationslager Buchenwald und dessen Außenlager Tröglitz verschleppt. Nach der Befreiung kehrte er 1945 nach Budapest zurück und arbeitete dort als Journalist und Autor. In seinen Werken thematisierte er immer wieder seine KZ-Erfahrungen, so in seinem zunächst 1990 und dann 1996 in einer Neuübersetzung auf Deutsch publizierten „Roman eines Schicksallosen“ oder in „Kaddisch für ein nicht geborenes Kind“ (deutsch 1992).

Für sein Lebenswerk erhielt er im Oktober 2002 den Nobelpreis für Literatur. Im selben Jahr wählte ihn

die Akademie der Künste in Berlin zum Mitglied und machte im November 2012 das „Imre Kertész-Archiv“ öffentlich zugänglich.

In seinem Tagebuch jener Berliner Jahre finden sich zahlreiche Einträge zu seinem Leben in der Meinekestraße und ihrer Umgebung. Am 17. November 2001 notiert er dort: „Wir haben in Berlin eine Wohnung gefunden. Mut und Lust zum neuen Leben. Freunde. Gleichzeitig große Müdigkeit.“

Am 4. Januar 2002 schreibt er: „Vom 28. Dezember bis 3. Januar in Berlin. Die Wohnung in der Meineke-Straße. Wir richten unser Berliner Zuhause ein. Natürlich richtet Magda es ein. Wenn wir auf den Kurfürstendamm hinausgehen, nur wenige Schritte weit, genau an der Ecke Fasanenstraße, eine Gedenktafel: Hier arbeitete Musil an seinem Roman Der Mann ohne Eigenschaften. Eine Luxus-Emigration, sagte ich zu unseren deutschen Freunden, den E.s. In Wirklichkeit ein durchaus konsequenter Schritt, wenn auch ein verspäteter.“

Und am 16. Februar 2002 heißt es dort: „Die Meineke-Straße erwartet mich wie mein Zuhause. In der gegenüberliegenden Kneipe aß ich zu Abend, Bier und Sauerbraten. Das starke Bier machte mich betrunken. Ich schlenderte ein ganzes Stück über den Kurfürstendamm. Die kühle Luft ernüchterte mich wieder. Zwei Nutten sprachen mich an, als ich zur Nachtzeit aus der Bank kam; in meiner Freude warf ich ihnen eine Kusshand zu. Zwischen Fasanen- und Meineke-Straße ließ der Leierkastenmann unverändert seine Drehorgel plärren, wie vor zwei Wochen. Eine ziemlich unförmige Frau in Anorak und Trainingshose drehte sich zu der Musik.“

Eine wichtige Rolle in seinem Berliner Tagebuch spielt ein Obdachloser am benachbarten Eingang zum damaligen Tengelmann-Supermarkt, an den auch ich mich noch erinnere und über den es beispielsweise am 20. Februar 2002 heißt: „Der Bettler setzt sich jeden Morgen vor das Geschäft im Nebenhaus und verbringt dort den ganzen Tag. [...] Er kommt morgens und geht am Abend, als ginge er zur Arbeit. Stumm sitzt er da.

Er bettelt nicht. Neben ihm steht jedoch ein Schüsselchen, in das nie jemand etwas hineinwirft. Wovon lebt er wirklich?“

Sein Lebensgefühl in Berlin versuchte Kertész am 18. Mai 2002 in Worte zu fassen: „Auf dem Ludwigkirchplatz, wo ich neulich mit M. auf der Terrasse des Hamlet saß, ist mir auf einmal bewußt geworden, was dort mit mir geschieht. Ganz abgesehen von dieser Ruhe, den mächtigen Bäumen, den weißen Häusern an diesem Platz, von der Sicherheit und Gelassenheit, diesen äußeren Zeichen geistig-materiellen Wohnstands, – sagte ich zu meiner Frau –, habe ich noch niemals in Frieden gelebt.“

Im November 2012 kehrte Imre Kertész wegen seiner Erkrankung an Parkinson nach Budapest zurück. Er starb dort am 31. März 2016.

*Christine Fischer-Defoy*

*Die Kulturhistorikerin und Autorin Dr. Christine Fischer-Defoy war 1983 Gründungsmitglied und von 1992 bis 2017 Vereinsvorsitzende des Aktiven Museums.*

*Die Zitate sind dem Band: Imre Kertész: Letzte Einkehr.*

*Tagebücher 2001-2009, Rowohlt 2013 entnommen.*

*Das auf der Berliner Gedenktafel verwendete Zitat entstammt einem Interview mit Imre Kertész von 2015.*

## EIN STOLPERSTEIN FÜR BRUNO LÜDKE

Gedenkrede vor dem Grundstück Grüne Trift 32 in Köpenick am 28. August 2021

Hier in Köpenick wurde Bruno Lüdke 1908 als viertes von sechs Kindern geboren. Mit elf Jahren, nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, kam er auf eine damals so genannte Hilfsschule. Bruno Lüdke war geistig eingeschränkt. Sein Klassenlehrer betonte, dass er sich „stets willig, freundlich und dienstbereit“ gezeigt habe. Mit 14 Jahren verließ Bruno die Schule und arbeitete fortan im Wäschereibetrieb seiner Eltern, als Kutscher und Handlanger – hier in der Grünen Trift.

Es gibt von Bruno Lüdke nur zwei Fotografien aus privatem Zusammenhang – eine zeigt ihn im Sonntagsanzug mit Pferd vor dem Haus der Eltern, aufgenommen von einem Wander-Fotografen. Dort etwa, nur wenige Meter von hier entfernt, muss Lüdke gestanden haben. Das vordere Haus ist erst nach dem Krieg gebaut worden.



Wir wissen nicht genau, in welchem Jahr das Foto aufgenommen wurde, vermutlich in den 1930er-Jahren. Was wir aber genau wissen: Ab 1933 wurde Lüdkes geistige Entwicklung lebensgefährlich. Denn über den Wert von Menschenleben konnten jetzt die Nationalsozialisten entscheiden. Sie machten die Gesetze. Doch nicht nur NSDAP-Mitglieder zeigten Menschen



Mario Adorf, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Susanne Regener bei der Veranstaltung am 28. August 2021

an oder unterstützten das Erbgesundheitsgesetz. Die Diagnose „angeborener Schwachsinn“ für Bruno Lüdke gab 1938 ein demokratisch gesinnter Mann, der später Widerstandskämpfer wurde. Lüdkes Mutter Emma und die beiden Schwestern Margarete und Herta hatten sich vor Gericht zunächst gegen die Zwangssterilisation Lüdkes ausgesprochen – bis sie schwach wurden und zustimmten. Gegen einen Köpenicker Förster konnte sich die Familie aber durchsetzen. Dieser Nachbar hatte Lüdke in eine Heil- und Pflegeanstalt bringen wollen. In der nationalsozialistischen Leistungsgesellschaft war es die amtliche Einschätzung „arbeitsfähig“, die auch Lüdke davor schützte, ein Opfer des Krankemords in der „Aktion T4“ zu werden.

Doch Anfang 1943 wurde Bruno Lüdke verhaftet, in einer Mordsache verhört und dann – wir können den Verlauf hier nur sehr kurz wiedergeben – nicht mehr freigelassen. Die polizeiliche „Fabrikation eines Verbrechers“ begann: Man fotografierte ihn an Tatorten,

vermaß seinen Körper, machte falsche Versprechungen, erpresste vermeintliche Geständnisse – alles diente der Idee, das Böse sichtbar zu machen. Lüdke wurde von Kriminalpolizisten aus dem Reichssicherheitshauptamt, der Berliner Polizei und auch von Kriminalanthropologen aus Wien rassenbiologisch und polizeilich als Täter drangsaliert. Als man genug Bilder und Körperdaten, ja sogar Abgüsse von Kopf und Händen hergestellt hatte, entledigten sich die Täter ihres Versuchsobjektes. Bruno Lüdke wurde im April 1944 durch vergiftete Munition in Wien ermordet – das blieb „Geheime Reichssache“. Was an Akten und Artefakten von Lüdke übrig blieb, sollte später in einem Kriminalmuseum den gefährlichen „Berufsverbrecher“ illustrieren.

Die alliierte Befreiung vom Nationalsozialismus kam für Lüdke zu spät. Doch auch im Nachkriegsdeutschland wurden die Lügen und rassistischen Werturteile über den Köpenicker Kutscher aufgegriffen und sogar fantasie reich ausgebaut. 1946 begann die journalistische

„Fabrikation eines Verbrechers“. Vor allem durch Rudolf Augstein im SPIEGEL und im Boulevardblatt Münchner Illustrierte wurde der vermeintliche Kriminalfall überhaupt erst öffentlich gemacht. True Crime und erinnerungspolitische Fake News gingen Hand in Hand. Die Figur des Serienmörders half dabei, über die wahren deutschen Massenmörder wortreich zu schweigen. Die Schwestern Lüdkes hier in Köpenick waren entsetzt. Sie blieben von der Unschuld ihres Bruders überzeugt, sie protestierten. Doch ihr Widerspruch fand erneut kein Gehör.

Einer, der diese True Crime Stories las, war Robert Siodmak, der deutsch-jüdische Regisseur, der in Hollywood vor den Nazis Zuflucht genommen hatte. Für den Filmkünstler war das alles idealer Stoff für eine filmische Parabel auf das Nazi-Reich: Auf der einen Seite der kranke Serienmörder, großartig von Mario Adorf in Szene gesetzt – und auf der anderen Seite die zynischen Massenmörder der SS und Gestapo. Siodmaks Film „Nachts, wenn der Teufel kam“ wurde 1957 ein großer Erfolg. Lüdkes Schwestern klagten erneut, jetzt gegen die namentliche Nennung ihres Bruders im Film. Doch ein Hamburger Gericht lehnte die Klage ab. Es sanktionierte damit 1958 die perfiden Erfindungen und ungeprüften Behauptungen der NS-Polizei. Stellungnahmen zu diesem Versagen in der bundesdeutschen Mediendemokratie – sowohl von Augstein im SPIEGEL als auch durch das Oberlandesgericht in Hamburg – fehlen bis heute. Auch darum ist es so wichtig und verdienstvoll, dass der Schauspieler Mario Adorf eine weitere öffentliche Rehabilitation angeregt hat. In den letzten Jahren hatte er es sehr bedauert, unwissentlich an der Legendenbildung über den Kutscher Lüdke mitgewirkt zu haben.<sup>1</sup>

Mit diesem Stolperstein würdigen wir heute einen Menschen, der im Alter von 36 Jahren brutal benutzt und ermordet wurde. Bruno Lüdke war ein Opfer in mehrfacher Hinsicht: Er war ein Opfer der Zwangssterilisation. Er war ein Opfer der NS-Politik gegen sogenannte „Gemeinschaftsfremde“, „Asoziale“ und „Berufsverbrecher“. Und er war ein Opfer der erneut sozialrassistischen Wahrnehmung bis in die 1990er-Jahre hinein. Der Bundespräsident zeigt mit seiner Teilnahme

hier persönliche Haltung und unterstreicht damit auch die parlamentarischen Beschlüsse zur Anerkennung des Unrechts und des Gedenkens an diese lange ignorierten Opfergruppen.

Für die Opfer sowieso, aber auch für ihre Eltern, Geschwister und Verwandten kommt unsere symbolische Geste meist zu spät. Nichts wird mit einem Stolperstein ungeschehen gemacht, nichts wird wirklich wieder gut. Unrecht, Verletzung, Trauer, Wut bleiben als Wunden zurück. Wir hatten über die Jahre unserer Forschung zur Nichte von Bruno Lüdke Kontakt. Sie möchte anonym bleiben. Immer wieder hat sie betont, dass sie froh sei über alle Rehabilitationsbemühungen für ihren Onkel Bruno. In dem Brief, den wir vor wenigen Tagen erhielten, schreibt sie: „Alle Versuche meiner Mutter, Bruno Lüdke Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, scheiterten. Aber auch eine späte Gerechtigkeit ist Gerechtigkeit und für uns [...] Nachkommen eine Genugtuung.“ „Ich freue mich“, schreibt sie am Ende, „einen Ort zu haben, an dem meine Familie und ich gedenken und eine Blume niederlegen können.“

*Axel Doßmann / Susanne Regener*

*Der Historiker Dr. Axel Doßmann und die Kulturwissenschaftlerin Prof. Dr. Susanne Regener veröffentlichten 2018 gemeinsam bei Spector Books die Studie „Fabrikation eines Verbrechers. Der Kriminalfall Bruno Lüdke als Mediengeschichte“.*

1) Mario Adorf erläuterte persönlich bei derselben Veranstaltung seine Motivation, einen Stolperstein für Bruno Lüdke initiiert zu haben: „Als Schauspieler und Darsteller des Bruno Lüdke in dem Film ‚Nachts, wenn der Teufel kam‘ löste die Entdeckung der Wahrheit in mir ein tief empfundenenes Bewusstsein der Verantwortung für meine plötzlich fragwürdig gewordene Darstellung aus, weil es sich ja nicht um eine fiktive Filmfigur handelte, sondern um einen realen Menschen, dem ich durch meine Darstellung jahrzehntelang den Ruf des schlimmsten Massenmörders der deutschen Kriminalgeschichte aufgedrückt hatte, unter welchem auch seine Familie heute noch leiden muss. Das verlangte Wiedergutmachung.“

## DEBATTEN ÜBER ERINNERUNGS- KULTUR IM ÖFFENTLICHEN RAUM

Kollaborative Erinnerungs- und Gedenkprojekte  
in Berliner Bezirken  
Der sechste „Salon“ des Aktiven Museums

Der erste Salon des Aktiven Museums seit über einem Jahr war geprägt von der Aufregung darüber, so viele bekannte und unbekannte Gesichter live zu sehen. Thema des Abends war das Aufeinandertreffen lokaler Gedenkinitiativen „von unten“ mit bezirklicher Geschichtsarbeit „von oben“ – was funktioniert hier bereits gut, wo gibt es noch Probleme, welche Themen sind in den Stadtteilen präsent?

Anlass war die seit März 2021 beim Aktiven Museum eingerichtete „Koordinierungsstelle Historische Stadtmarkierungen“. Deren Leiterin Nora Hogrefe übernahm deshalb nicht nur die souveräne Moderation des Abends, sondern konnte an einigen Stellen der Diskussion auch aus ihrer bisherigen Erfahrung berichten.

Das Podium setzte sich aus einer Mischung von etablierten zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen, neuen Gedenkinitiativen und Bezirksmitarbeiter\*innen aus unterschiedlichen Stadtteilen Berlins zusammen: Aziz Dziri, Aktivist der Initiative #WoistunserDenkmal, die ein Mahnmal für die Opfer von Rassismus und Polizeigewalt am Oranienplatz in Kreuzberg fordern und aktuell die Betreuung des von Unbekannten aufgestellten Mahnmals übernehmen, das seit kurzem auch vom Bezirk legalisiert wurde. Annika Eckel, Projektleiterin der Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke in Lichtenberg, wo sie sich schwerpunktmäßig mit der extremen Rechten und Rechtspopulismus in Lichtenberg auseinandersetzt, unter anderem mit dem Gedenken an die Opfer rechter Gewalt. Dankenswerterweise sehr spontan für Tahir Della eingesprungen war Michael Küppers-Adebisi, Vorstandsmitglied von Decolonize Berlin e.V., Gründer des AFROTAK TV cyberNomads-Netzwerks und Teil des Berlin Global Village Projekts in Neukölln.

Schließlich Kristin Witte, kuratorische Projektleitung im Museum Pankow, wo sie unter anderem für die bezirkliche Geschichtsarbeit zuständig ist.

Schon die Antworten auf die Einstiegsfrage nach einem Projekt, das den Podiumsteilnehmenden momentan besonders am Herzen liegt, offenbarten, wie emotional und streitbar das Thema Erinnerung ist. Das Beispiel der von Aziz Dziri genannten Friedensstatue „Ari“ in Moabit, ein Mahnmal für die sogenannten „Trostfrauen“ in Südostasien, zeigt, wie selbst bezirkliche Gedenkdebatten von internationaler Einmischung beeinflusst werden. Die japanische Regierung geht seit der Aufstellung des Mahnmals dagegen vor. Das Bezirksamt Mitte gab diesem Druck auch zunächst nach, noch steht die Statue aber an ihrem Standort. Annika Eckel berichtete von ihrer ganz aktuellen Wut angesichts der Rückschläge bei den Bestrebungen um ein Erinnern an den 2016 in Lichtenberg brutal ermordeten Eugeniu Botnari. Diffamierungen seiner Person werden ins Feld geführt, um ein öffentliches Gedenken in Form beispielsweise einer Platzbenennung zu verhindern. Das wirft Fragen danach auf, welche Opfer als erinnerungswürdig gelten.

Kontrovers diskutiert wurde die Frage nach einer zunehmenden Verlegung des Gedenkens in den digitalen Raum beziehungsweise einer Hybridisierung der Erinnerung, im Sinne einer Verknüpfung von digitalem und analogen Raum. Im Falle von Lichtenberg geht es konkret um die sichtbare Wiederaneignung von (ehemals) rechts-dominierten Gebieten im Stadtraum, die mit digitalen Mitteln nicht erreicht werden kann. Der öffentliche Raum wurde außerdem von verschiedenen Seiten als weniger anfällig für die im digitalen Raum so dominanten sozialen Blasen beschrieben. Erinnern im öffentlichen Raum birgt laut Aziz Dziri das (bisher nicht verwirklichte) Potenzial, Identifikationsfiguren für alle Mitglieder unserer Gesellschaft sichtbar zu verankern. Die Worte von Michael Küppers-Adebisi, dass es darum gehe, den „Raum zurückzuerobern, den wir nie besessen haben“ verdeutlichten ebenfalls die Wichtigkeit von sichtbaren Zeichen im öffentlichen Raum. Dies trifft in besonderem Maße auf die Erinne-

rung an geschehenes Unrecht zu, das oftmals auch mit einer staatlichen Anerkennung von Schuld einhergeht. Der gemeinsame Tenor: Auch wenn der digitale Raum eine größere Medienvielfalt und kreative Zugänge ermöglicht, braucht es „Störer“ im öffentlichen Raum. Ohne sichtbare Hinweise auf weiterführende Angebote im Netz, kann ein noch nicht informiertes Publikum nie erreicht werden. Gleichzeitig bedeutet ein öffentliches Gedenkzeichen auch immer Exponiertheit, die geltenden Richtlinien und politische Ansprüche können auch eine Begrenzung darstellen.

Im Hinblick auf Berlin Global Village, wo neben zahlreichen entwicklungspolitischen und migrantisch-diasporischen NGOs auch ein (de)koloniales Denkzeichen Platz finden wird, brachte Michael Küppers-Adebisi die Wichtigkeit des Zugangs zu Ressourcen ein. Die Frage von Mitbestimmung und Sichtbarkeit im öffentlichen Raum sei stets an Ressourcen und ge-

sellschaftliche Macht gebunden. Der Entschluss, das Denkzeichen als soziale Skulptur im Raum zu gestalten, ist damit auch ein Versuch, Menschen miteinzubeziehen, die von solchen Entscheidungsprozessen meist ausgeschlossen sind. Beim Denkmal gegen Rassismus und Polizeigewalt gelingt dies durch die offene Gestaltung, die zur Beteiligung auffordert. Ob als Treffpunkt zum Nachbarschaftsgrillen oder um eigene politische Forderungen anzubringen, das Denkmal steht nicht (nur) für sich.

Befragt nach der Situation in Pankow, gab Kristin Witte zu bedenken, dass es derzeit gilt, sich der bisherigen Vernachlässigung der Außenbezirke zu stellen, ein Problem, dem sich dezentrale Erinnerungsarbeit wahrscheinlich auch in anderen Stadtteilen stellen muss. Viele aktuelle Projekte im Bezirk setzen sich außerdem mit Kommentierungen von DDR-Denkmalern auseinander, wie des Julius-Fučík-Denkmal im Bürgerpark Pankow.



Die Bemühungen zum Gedenken an zwei Opfer rechter Gewalt in Lichtenberg zeigen für Annika Eckel die unterschiedlichen Voraussetzungen von Erinnerungsinitiativen auf. Ein Gedenken an Nazi-Gewalt in den 1990er-Jahren kann leichter an bereits etablierte Narrative anschließen als die Erinnerung an einen gerade einmal fünf Jahre zurückliegenden Mordfall.

Von Podium und Publikum wurde die Frage diskutiert, wie mit der möglichen Beteiligung der AfD, die potentiell in Gedenktafelkommissionen vertreten sein kann, umzugehen sei. Diesen Befürchtungen wurde entgegnet, dass Erinnerungsprojekte im öffentlichen Raum sich immer noch an den Grundlinien eines demokratischen Gedenkens orientieren müssen. Außerdem zeige der Blick in die jüngste Geschichte, dass harsche politische Konflikte schon immer dazu gehörten, nicht erst, seit es die AfD gibt. Vieles, was im heutigen Stadtbild Berlins selbstverständlich erscheint, wurde gegen harte Widerstände erkämpft. Hier schließt das von Aziz Dziri eingebrachte Bild von „Erinnerung als Staffellauf“ an, als Vergegenwärtigung, dass vorangegangene Kämpfe den Weg für heutige ebneten.

Gab es zu den Begriffen „kämpfende Erinnerung“ oder „interventionistisches Gedenken“ zunächst noch große Einigkeit im Saal, zeigte sich in der Publikumsdiskussion, wie schnell sich eine zunächst erst einmal unversöhnliche Lagerbildung vollziehen kann: Der in der Abschlussrunde von Michael Küppers-Adebisi geäußerte Wunsch nach einem diverseren Publikum, nach Orten, wo er sich nicht als Schwarze Person in einem mehrheitlich *weiß*<sup>1</sup>-positionierten Raum verteidigen muss, löste zum Ende der Veranstaltung eine lebhafteste und aufwühlende Diskussion aus. Sein Kommentar bezog sich (u.a.) auf das Aussprechen des rassistisch diskriminierenden Namens der M\*-Straße in der vorherigen Diskussion um Kommentierungen im öffentlichen Raum. Es wäre aber verkürzt, die sich im Anschluss entwickelnde Debatte nur als Folge dieser Äußerung zu sehen.

Auch ohne bestimmte Äußerungen oder Reaktionen schwebte die Frage im Raum, wie das traditio-

nell eher bildungsbürgerlich geprägte, überwiegend *weiß*-positionierte Milieu der etablierten Erinnerungskultur im Allgemeinen und des Aktiven Museums im Speziellen sich für weitere Gruppen öffnen könne. Ein solcher Öffnungsprozess kann nie eine bloße Erweiterung des Blicks bedeuten, ein simples Hinzufügen eines bisher vernachlässigten Themenbereichs. Ernstgenommen bedeutet er immer auch ein Neujustieren, Reibungen und schmerzhafteste Prozesse des Hinterfragens.

Die vorher betonte Bedeutung eines empathischen Zuhörens und der Anerkennung von Leid geriet an diesem Abend zumindest kurzfristig in Vergessenheit und ging in entrüstetem Zustimmungsbeifall oder wütenden Einwüfren unter. Es bleibt zu hoffen, dass die Bereitschaft besteht, genau dorthin zurückzukehren, zum Ernst-Nehmen des Gegenübers, zur Anerkennung von unterschiedlichen Wahrnehmungen und zu gegenseitigem Respekt.

Das Potenzial von Begegnungen im öffentlichen Raum ist gerade die Konfrontation mit Positionen, die nicht die eigenen sind. Die Salons des Aktiven Museums sollen genau solche Begegnungen ermöglichen, Raum schaffen für Konflikte. Dabei nicht den Bereich zu verlassen, der für ALLE Anwesenden akzeptabel ist, dafür zu sorgen, dass sich ALLE möglichst sicher fühlen, wird immer eine Herausforderung bleiben, die es aber in unser aller Interesse anzunehmen gilt.

*Lotte Thaa*

*Lotte Thaa ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl Didaktik der Geschichte an der Freien Universität Berlin und Beisitzerin im Vorstand des Aktiven Museums.*

1) Schwarz und *weiß* sind an dieser Stelle keine Farben, sondern politische Bezeichnungen und Analyseinstrumente. Deshalb wird in diesem Text die empowernde, politisch gewählte Selbstbezeichnung Schwarz großgeschrieben, die analytische Kategorie *weiß* hingegen klein und kursiv.

## Weitere Informationen

### Decolonize Berlin

<https://decolonize-berlin.de/de/>

### Eugeniu Botnari

<http://berlin.niemandistvergessen.net/morde/eugeniu-botnari/>

### Fach- und Netzwerkstelle Licht-Blicke

<https://licht-blicke.org/category/aktuelles/>

### Initiative #WoistunserDenkmal

<https://twitter.com/wdenkmal>

### Berlin Global Village

<https://www.berlin-global-village.de/>

### Diskussion um die M\*-Straße

<https://www.euroethno.hu-berlin.de/de/veranstaltungen/2020/dekolonial/faq-zur-umbenennung>  
<http://justlisten.berlin-postkolonial.de/>

## INTERSEKTIONALE ERINNERUNGS- ARBEIT UND SENSIBLE SPRACHE

Einige Gedanken anschließend an die Diskussion während unseres letzten Salons

Zur Einrichtung der neuen Koordinierungsstelle Historische Stadtmarkierungen haben sich die Mitglieder des Aktiven Museums 2020 auf eine Erweiterung der Satzung verständigt. Der Verein widmet sich seitdem auch der „Einrichtung von Orten der Erinnerung an Persönlichkeiten, Institutionen und Ereignisse aus Geschichte und Kultur in Berlin in Form von Informations- und Gedenktafeln und anderen historischen Stadtmarkierungen“, die sich nicht ausschließlich auf die Aufklärung über die NS-Zeit beziehen. Die Berliner Vergangenheit ist unter anderem stark durch koloniale Verflechtungen und rassistische Stigmatisierung, Ausgrenzung und Unterdrückung geprägt, was sich bis heute in globalen wie lokalen Machtverhältnissen, Diskriminierungsstrukturen und gesellschaftlichen Ungleichheiten widerspiegelt. Erinnerungsarbeit im öffentlichen Raum Berlins sollte aufgrund dieser Kontinuitäten – die der folgende Exkurs anhand exemplarischer Schlaglichter aufzeigt – dezidiert antirassistisch und dekolonial positioniert sein.

Zwischen 1683 und 1720 beteiligte sich Brandenburg-Preußen unter dem Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm mit einer ersten Kolonie an der westafrikanischen Küste am globalen Kolonial- und Versklavungshandel; die Ruine der Festung Groß Friedrichsburg im heutigen Ghana zeugt von dem frühen, direkten Profitieren Berlins am transatlantischen Dreieckshandel. In dieser Zeit, um 1706, wurde die M\*-Straße unter König Friedrich I. in Berlin-Mitte benannt. Erst das jahrzehntelange Engagement von Aktivist\*innen für eine Umbenennung führte 2020 zu dem Beschluss, den Philosophen Anton Wilhelm Amo (1703–1753) als neuen Namensgeber zu wählen.<sup>1</sup> Die Verfassung des Deutschen Reichs von 1848 schrieb das Streben nach kolonialen Eroberungen fest; das seit dem 18. Jahrhun-

dert andauernde Verlangen nach erneuten deutschen Kolonialgebieten konkretisierte sich in den 1850er- und 1860er-Jahren. Berlin stand dabei im Zentrum der ungleichen Handelsbeziehungen und Gewaltherrschaft, was sich nicht zuletzt 1884/85 während der sogenannten Berliner Afrika-Konferenz verdeutlichte: Vertreter der europäischen Mächte Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Österreich-Ungarn, Portugal, Spanien und Schweden-Norwegen sowie der USA, dem Osmanischen Reich und Russlands verhandelten auf Einladung Otto von Bismarcks untereinander ihre kolonialen Interessen an Bodenschätzen wie Menschen. Sie nahmen sich das Recht heraus, Grenzen auf dem afrikanischen Kontinent zu ziehen, die teils noch heute bestehen und für anhaltende Konflikte verantwortlich sind. Die formale Kolonialzeit Deutschlands endete 1919, kolonialrevisionistische und neokoloniale Bestrebungen hielten jedoch an und zeigen sich auch heute. Der Reichtum und Wohlstand europäischer Nationen beruht zu einem großen Teil auf fortgesetzter Ausbeutung und Unterdrückung. Während der Handel selbstverständlich globalisiert ist, werden zugleich Menschen aus dem globalen Süden daran gehindert, nach Europa zu kommen.

Wie kann vor diesem Hintergrund antirassistische und dekoloniale Erinnerungsarbeit in Berlin gelingen und als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden werden? Wie können nicht von Rassismus betroffene Personen diese Arbeit aktiv unterstützen und fördern? Und wie können inhaltliche Überschneidungen zu anderen kulturellen und historischen Themen Berlins herausgearbeitet werden? Ein wichtiger Schritt ist, ein Bewusstsein zu entwickeln für die jeweils eigene, vielschichtige Positionierung in der Gesellschaft, ein Bewusstsein für eine sensible Sprache und eine respektvolle Haltung. Benennungen und Bezeichnungen ändern sich im Laufe der Zeit, Sprache ist lebendig und wandelbar. Gerade bei diskriminierenden, abwertenden und beleidigenden Begriffen ist dies ein großer Vorteil – verletzte Worte müssen nicht wiederholt werden, sie können angepasst, abgekürzt oder vermieden werden. Trotzdem fällt es manchen Personen schwer, auf bestimmte Formulierungen zu verzichten. Teils entsteht

der Eindruck, ihnen würde vorgeschrieben werden, wie sie zu sprechen haben. Vielleicht weil sie ihre Haltung als antifaschistisch, links, feministisch oder emanzipatorisch verstehen, halten sie Korrekturhinweise hinsichtlich ihrer Sprache für ungerechtfertigt. Die Reaktion ist häufig entrüstet: Der Vorwurf rassistisch zu handeln oder zu sprechen, wird weit von sich gewiesen und für nicht möglich gehalten.

Warum fällt es so schwer, sich die eigene Machtposition, die eigenen Privilegien und die eigene Deutungshoheit einzugestehen – und etwas davon abzugeben? Warum werden Bitten und Hinweise schnell als Verbote und Einschränkungen aufgefasst? Und wie kann eine solidarische, gemeinsame und intersektionale<sup>2</sup> Gedenk- und Erinnerungsarbeit gelingen, wenn in den dafür gestalteten Räumen erst Grundsatzdiskussionen über Begrifflichkeiten zum Leidwesen der anwesenden nicht-weißen<sup>3</sup> Personen geführt werden müssen? Ein intersektionaler Ansatz schafft in der Erinnerungsarbeit ein Bewusstsein dafür, dass weiße Personen in Bezug auf Rassismus gegenüber Schwarzen Personen und Personen of Colour immer privilegiert sind. Dass beispielsweise weiße Frauen Sexismus erfahren, stellt sie keinesfalls auf eine Stufe mit von Rassismus betroffenen Personen.

Ich wünsche mir, dass wir uns als Aktives Museum gemeinsam darauf verständigen: Die Verwendung von rassistischen Fremdbezeichnungen hat nichts mit freier Meinungsäußerung oder historischen Zitaten zu tun, sondern zeugt von Respektlosigkeit gegenüber dem berechtigten Bedürfnis diskriminierter Personen, nicht durch Sprachgebrauch verletzt und abgewertet zu werden. Sich nach dem Hinweis auf einen rassistischen Begriff und der Bitte danach, diesen nicht zu verwenden, als Opfer von Zensur oder Unterdrückung zu sehen, erscheint in diesem Kontext unpassend.

Was verlieren wir als einzelne weiße Personen, wenn wir auf diese Begriffe verzichten, wenn wir uns dafür entscheiden, eine gerechte und angemessene Sprache zu nutzen? Und was gewinnen wir als Gesellschaft, wenn sich alle Menschen sicher sein können, dass sie

zumindest sprachlich nicht tagtäglich diskriminiert und abgewertet werden?

Sensible Sprache kann einen Beitrag dazu leisten, Verletzungen zu vermeiden und ein solidarisches Miteinander zu stärken. „Da Sprache ein diskriminierendes System ist, müssen auch systemrelevante Entscheidungen getroffen werden. Sprachveränderung ist das, was Menschen, die diskriminiert werden, machen, um zu überleben. Es sind immer Angebote, um mit anderen in Kontakt zu treten. Es ist eine wunderschöne Geste, die sagt: Ich möchte anwesend sein.“<sup>4</sup> Eine intersektional ausgerichtete Erinnerungsarbeit kann allen Menschen die Möglichkeit geben, anwesend zu sein – und anwesend sein zu wollen.

*Nora Hogrefe*

*Nora Hogrefe leitet seit März 2021 die Koordinierungsstelle Historische Stadtmarkierungen im Aktiven Museum.*

1) Weitere Informationen zur M\*-Straße sh. u.a. <http://justlisten.berlin-postkolonial.de/strassenumbenennung> (letzter Zugriff am 9.12.2021).

2) Ein intersektionaler Ansatz geht nach Kimberlé Crenshaw davon aus, dass verschiedene Unterdrückungsmechanismen miteinander verwoben sind und sich gegenseitig potenzieren. So wird beispielsweise eine nicht-akademisierte Frau of Colour gesellschaftlich stärker und anders diskriminiert als eine akademisch ausgebildete weiße Frau – eine Frauenbewegung, die nicht dezidiert antirassistisch und anticlassistisch aufgestellt ist, wird diesen Strukturen in Bezug auf die Unterdrückung von Frauen nicht gerecht. vgl. Kimberlé Crenshaw (1989), Demarginalizing the Intersection of Race and Sex: A Black Feminist Critique of Antidiscrimination Doctrine, Feminist Theory and Antiracist Politics. University of Chicago Legal Forum, S. 139–167 bzw. für die deutsche Übersetzung Kimberlé Crenshaw (2010), Die Intersektion von „Rasse“ und Geschlecht demarginalisieren: Eine Schwarze feministische Kritik am Antidiskriminierungsrecht, der feministischen Theorie und der antirassistischen Politik. In: Helma Lutz u.a. (Hg.), Fo-

kus Intersektionalität. VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 33-54.

3) Schwarz und *weiß* sind an dieser Stelle keine Farben, sondern politische Bezeichnungen und Analyseinstrumente. Deshalb wird in diesem Text die empowernde, politisch gewählte Selbstbezeichnung Schwarz großgeschrieben, die analytische Kategorie *weiß* hingegen klein und kursiv.

4) Lann Hornscheidt bei einer Diskussionsveranstaltung von poco.lit. Diskussionsplattform für postkoloniale Literatur am 4. Juni 2021 mit Şeyda Kurt und Lann Hornscheidt, Moderation: Anna von Rath. Verschriftlichung online unter: <https://pocolit.com/2021/08/04/macht-sprache-artificially-correct-diskussion-mit-lann-hornscheidt-und-seyda-kurt-teil-2/> (letzter Zugriff am 1.12.2021).

## KAMPF UM GRUND UND BODEN

### Die Berliner Weltkulturerbe-Sozialsiedlungen gestern und heute

Die Architekten und Stadtplaner Bruno Taut und Martin Wagner wollten nach den Erfahrungen des Ersten Weltkrieges die Welt verändern. Wenn in Zukunft gebaut würde, dann müsste menschenwürdig, schön und bezahlbar gebaut werden. Beide waren Sozialisten, Taut ohne, Wagner mit Parteibuch. Nicht nur deshalb wurden sie später von den Nationalsozialisten in die Emigration gedrängt. Das Aktive Museum hat sich ihren Biografien vor etlichen Jahren bereits im Rahmen des Projekts „Haymatloz. Exil in der Türkei 1933-1945“ gewidmet.

Das Gegenbild waren die Ein-Zimmer-„Wohnungen“ in Kreuzberger Hinterhöfen, die sich viele dennoch nur leisten konnten, wenn das einzige Bett tagsüber auch noch an einen „Schlafburschen“ vermietet wurde. Selbst ausgebildete Facharbeiter und Handwerker, kleine Angestellte und Beamte und ihre Familien, die die Mehrheit der Bevölkerung bildeten, fanden keine befriedigende Wohnung. Terraingesellschaften und Großgrundbesitzer hatten kein Interesse, sich durch einen „sozialen Wohnungsbau“ selbst Konkurrenz zu machen. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch. Denn der Mensch wird, wie er wohnt. Karl Kautsky hatte in seiner Arbeit über „Rasse und Judentum“ deutlich gemacht, wie der Wille zur politischen Mitgestaltung der Gesellschaft auch mit der Verbesserung der Wohnsituation und dem Herauswachsen aus dem Elend erstarkt.



Luftaufnahme der Hufeisensiedlung in Britz am 20. Juli 2016

Als Martin Wagner im April 1919 vor der vom Rat der Volksbeauftragten eingesetzten „Sozialisierungskommission“ sein Programm zur „Sozialisierung der Bauwirtschaft“ vorstellte, noch in der Hoffnung, Einiges davon würde Eingang in die neue Verfassung finden, stand am Beginn die Forderung die „Vergesellschaftung von Grund und Boden“. Wohnen galt ihm als Menschenrecht. Da Grund und Boden nicht wie Waren beliebig vermehrbar waren, mussten sie der privatkapitalistischen Verwertung entschädigungslos entzogen werden, wie es die Sowjetunion seit 1917 vormachte. Als die Sozialdemokratischen Parteien USPD und MSPD sich zu dieser Ansicht in ihren Programmen durchdrangen, trat Wagner 1921 in die – wieder vereinigte – SPD ein. Da sie allein nicht die Weimarer Verfassung verantworteten, sondern auf die bürgerlichen Parteien angewiesen waren, sollte eine Enteignung nur gegen eine von den Gerichten festzustellende „angemessene Entschädigung“ erfolgen. Die Folge: „Sozialismus wurde unbezahlbar“.

Wagner und Taut gaben die Hoffnung nicht auf. Denn der Bodenpreis war nur ein Faktor bei der Bildung des Baupreises. Gemeinsam zunächst mit dem Baugewerkbund, dann mit den drei größten Gewerkschaften – dem ADGB, der Angestellten-Gewerkschaft AfA und dem DBA – gelang ihnen die Gründung gemeinnütziger Baugesellschaften und Baubetriebe in der Selbstverwaltung der Gewerkschaften und die Rationalisierung des Bauens im Einvernehmen mit den Bauleuten, nicht zu ihren Lasten.

Tatsächlich gelang es Wagner und Taut, menschenwürdige Häuser und Wohnungen deutlich unter den marktüblichen Preisen zu bauen. Was sie nicht beherrschen konnten, waren die Grundstückspreise: Je rationeller sie planten und die gemeinnützigen Gesellschaften bauten, desto teurer verkauften ihnen die großen Terraingesellschaften und Großgrundbesitzer das Baugelände. Dennoch gelang es der GEHAG bis 1932, mehrere tausend schöne und bezahlbare Wohnungen und Einfamilienhäuser für die Gewerkschaftsmitglieder – Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte – zu bauen. Es dauerte einige Jahrzehnte, aber 2008

war es soweit: Die von ihnen geplanten Berliner Großsiedlungen wurden in die Welterbe-Liste aufgenommen. Just in dem Moment, als ihnen ihre herausragende Bedeutung abhandengekommen war: schöne und bezahlbare Heimstätten in gesunder Umgebung für weniger betuchte Menschen zu sein. Sie sind heute nahezu alle „privatisiert“, vielfach an die Alt-Mieter zu bezahlbaren Preisen verkauft worden, womit die Sozialstruktur weitgehend erhalten werden konnte. Dass die Wohnungen unter Denkmalschutz gestellt wurden, freute die langjährigen Bewohnerinnen und Bewohner.

Wird heute verkauft, dann steigen die Preise für 2-Zimmer-Wohnungen rasch auf über 300.000 Euro, die Einfamilienhäuser mit 90 qm Wohnfläche auf 1,5 Mio Euro. Gentrifizierung nennt man das wohl. Von „sozialem Wohnungsbau“ ist nichts mehr übrig geblieben. Eigentlich aber war dies der Kerngedanke dieser Siedlungen.

Selbstverständlich sind nicht die Wohnungen oder die Häuser im Wert gestiegen. Es ist „die Lage“ oder genauer: der Grund und Boden. Es führt deshalb kein Weg daran vorbei: Grund und Boden muss für Wohnungsbauzwecke kommunalisiert d.h. enteignet werden. Das hatten Taut und Wagner schon 1919 gefordert. Und genau hundert Jahre später fordert dies Berlins ehemaliger Regierender Bürgermeister Hans-Jochen Vogel – wahrhaft kein Revoluzzer... – in seinem politischen Testament: „Mehr Gerechtigkeit – Wir brauchen eine neue Bodenordnung – nur dann wird auch Wohnen wieder bezahlbar“. Für die regierende rot-grün-rote Koalition heisst das: Kein Verkauf von städtischen Flächen mehr an private Investoren. Ob das klappt?

*Christoph Ehmann*

*Christoph Ehmann, Politologe und Staatssekretär i.R., wohnt in Berlin. Jüngst erschien von ihm im Verlag J.H.W. Dietz: Das Glück bauen – Die Welt verändern. Die Stadtplaner und Architekten Bruno Taut und Martin Wagner.*

## #LASTSEEN

Auf der Suche nach Bildquellen zu den Deportationen aus dem Deutschen Reich 1938-1945



*Fotoalben aus einer Privatsammlung*

Sofort 1933 wurde damit begonnen, die Berliner Jüdinnen und Juden systematisch aus der Gesellschaft auszugrenzen, mit dem Ziel, sie zur Emigration zu zwingen. 1938 wurden jüdische Menschen im Zuge der so genannten „Polenaktion“ (erstmalig) gewaltsam abgeschoben; reichsweit etwa 17.000 Personen, darunter mindestens 1.500 jüdische Berlinerinnen und Berliner polnischer Staatsangehörigkeit, wurden ausgewiesen und an die polnische Grenze gebracht. Später, in den Jahren von 1941 bis zum Kriegsende 1945, folgten Deportationen in die Ghettos und Konzentrationslager im besetzten Osteuropa: erst in das Ghetto Litzmannstadt, nach Minsk, Kowno und Riga, später in Orte im Generalgouvernement sowie nach Raasiku, Theresienstadt und Auschwitz. Neben jüdischen Menschen waren auch Sinti\*zze und Rom\*nja Opfer dieser gewaltsamen Handlungen.

In den meisten Fällen endeten die Deportationen mit dem Tod „im Osten“, doch sie begannen hier in der Stadt. Entgegen dem weitverbreiteten Narrativ von im verborgenen durchgeführten „Aktionen“ wurden diese

Taten mitten am Tag, in der Öffentlichkeit und unter Beobachtung bzw. Beteiligung zahlreicher „Bystander“ begangen. Das dokumentieren auch die Bilder, die von Deportationen an anderen Orten gemacht worden und Kernstück unseres Projekts sind. Obgleich aus Berlin mehr als 50.000 Menschen in mehr als 60 großen Deportationen und zahlreiche weitere Personen in kleineren Transporten verschleppt wurden, ist kein einziges Foto überliefert.

Bisher sind der breiteren Forschung rund 550 Fotografien aus etwa 50 Orten bekannt, die die Deportationen von jüdischen Menschen sowie von Sinti\*zze und Rom\*nja ab 1938 aus dem Gebiet des nationalsozialistischen Deutschen Reiches zeigen.

Viele dieser visuellen Zeugnisse sind in Klaus Hesses und Philipp Springers 2002 erschienener Sammlung „Vor aller Augen. Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz“ enthalten. Auch in anderen Publikationen, vor allem regionalhistorischen Charakters, finden sich Bilder der Deportationen wieder. Jedoch wurde bisher kein Versuch unternommen, möglichst alle erhaltenen Fotografien zusammenzutragen, detailliert zu erschließen und zu veröffentlichen.

Geschehen soll dies nun unter dem Titel #LastSeen, einer Initiative der Arolsen Archives – International Center on Nazi Persecution gemeinsam mit der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, dem Stadtarchiv München, dem Dornsife Center for Advanced Genocide Research der University of Southern California sowie dem Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin. Ziel des Projekts ist es, alle visuellen Quellen der Deportationen aus dem Gebiet des Deutschen Reichs in den Jahren 1938 bis 1945 zusammenzutragen und über ein digitales Portal zugänglich zu machen. Ein besonderes Anliegen ist uns dabei die sorgfältige Kontextualisierung und ethisch angemessene Darstellung der Bilder, die im Zuge des Projekts auch für die Bildungsarbeit aufbereitet werden.

Erste bislang unveröffentlichte Fotografien konnten bei Vorrecherchen des Projektteams unter der Leitung

von Dr. Alina Bothe bereits erschlossen werden. Gleichzeitig ist anzunehmen, dass sich in zahlreichen Stadt- und Gemeindearchiven sowie in privaten Sammlungen noch Bilder befinden, die Deportationen zeigen.

Aus Berlin sind uns derzeit keine Fotografien bekannt. Die Vermutung, dass Aufnahmen aus der größten jüdischen Gemeinde im Vorkriegsdeutschland existieren, liegt sehr nahe. Zwar gab es bereits einige Versuche, Fotos zu finden. Zuletzt hat die Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz 2019 einen Aufruf gestartet – ohne Erfolg. Wir können uns aber nicht vorstellen, dass es ausgerechnet aus Berlin keine Fotos gibt. Deswegen werden wir unsere Suche besonders auf Berlin und die Umgebung konzentrieren. In diesem Rahmen wollen wir auch versuchen, Bilder der „Krankenmorde“ aus der Region Beelitz/Caputh zu finden.

Wir bitten daher – im Namen des gesamten Teams von #LastSeen – alle Interessierten, unsere Recherchen zu unterstützen. Sind Ihnen bislang unveröffentlichte Bilder bekannt? Gibt es Orte, an denen es sich lohnt nachzusehen? Besitzen Sie vielleicht selbst Fotografien aus der NS-Zeit, die für das Projekt relevant sein könnten? Auf [www.lastseen.org](http://www.lastseen.org) erhalten Sie weitere Informationen und finden ein Kontaktformular, über das Sie uns Hinweise zukommen lassen können.



Foto des ehemaligen Sammellagers Große Hamburger Straße mit Eingangsportal, aufgenommen kurz nach der Befreiung 1945 durch Gary Phillips, der dort selbst inhaftiert war.

In einem weiteren Schritt des Projekts soll ein Teil der Bilder tiefenanalysiert werden, um so viel wie möglich über die dokumentierten Geschehnisse herauszufinden: Wer sind die abgebildeten Personen? Wann genau fand die Deportation statt? Wo wurde das Bild aufgenommen? Was passierte vor, nach und außerhalb des dargestellten Geschehens? Wer hat fotografiert? Die Suche nach Antworten auf diese Frage ist zeitaufwendig und erfordert häufig genaue Ortskenntnisse – auch hierfür bitten wir um Ihre Hilfe.

„#LastSeen. Bilder der NS-Deportationen“ wird von der Stiftung Erinnerung, Verantwortung und Zukunft sowie dem Bundesministerium der Finanzen als ein Projekt der Bildungsagenda NS-Unrecht gefördert. Am 20. Januar 2022 wird eine mobile Ausstellung zum Projekt in München eröffnet. Sie wird auch in Berlin zu sehen sein.

Jetzt schon empfangen wir aus dem Kreis der Mitglieder und Unterstützer\*innen des Aktiven Museums gerne Ihre Nachrichten mit Hinweisen zu Bildern.

*Katharina Menschick / Lisa Paduch*

*Katharina Menschick ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Forschung und Bildung der Arolsen Archives.*

*Lisa Paduch studiert im Master Interdisziplinäre Antisemitismusforschung und arbeitet im Forschungsbereich des Projekts #LastSeen.*

## CROWDCURATIO

### Von der Bedarfsanalyse zur Testversion

Seit Jahresbeginn 2021 entwickelt das Aktive Museum gemeinsam mit dem Verein berlinHistory die digitale Plattform crowdCuratio, mit der Arbeitsgruppen künftig Ausstellungsprojekte virtuell kuratieren und auch online als eigene Webseite publizieren können. Das Projekt wird durch die Berliner Senatsverwaltung für Kultur und Europa gefördert. Unter der Webadresse <https://crowdcurat.io/> erscheint ein Blog, der die Projektentwicklung beschreibt und dokumentiert.

Um crowdCuratio für große und mitunter divers besetzte Ausstellungsprojektgruppen entwickeln zu können, wurden gemeinsam mit den Kurator\*innen Julia Brandt, Dr. Christine Fischer-Defoy, Dr. Gerd Kühling und Dr. Ruth Preusse Anforderungen und Bedarfe von vergangenen Ausstellungen des Aktiven Museums analysiert. Ergänzend wurden die Perspektiven der Gestalterin und Grafikerin Bettina Kubanek und des Gestalters Fabian Hickethier von der Agentur bar pacifico hinzugezogen. Die Bedarfsanalyse diente den Entwickler\*innen von berlinHistory als Anregung für die Umsetzung und Programmierung der Anwendung.

Pandemiebedingt wurden in Online-Interviews Arbeitsprozesse, Kommunikationsstrukturen und die Konzepte bisheriger Ausstellungen einer detaillierten Betrachtung unterzogen: Welche Arbeitsabläufe waren produktiv? Welche Besonderheiten ergaben sich durch eine auf Beteiligung angelegte Arbeitsweise, nicht zuletzt vor dem Hintergrund unterschiedlicher Expertisen und Aufgaben innerhalb der Projekte? Wie gestaltete sich das Verhältnis von Texten in Ausstellungen zu anderen Ausstellungsmedien und welche Narrationsformen wurden gewählt? Welche zusätzlichen Anforderungen ergaben sich in den Phasen der Konzeption und Realisierung durch die (idealerweise frühzeitige) Einbeziehung von Gestaltungsagenturen?

Zudem benannten die Kurator\*innen für zukünftige virtuelle Ausstellungen einige wünschenswerte digitale Erweiterungen wie beispielsweise interaktive Zeitleisten und Karten, eine Kontakt- und Kommentarfunktion, Template-Bausätze für die individuelle Gestaltung von Webseiten, die Einbindung von externen Anwendungen wie Padlets oder YouTube-Videos sowie eine Download-Möglichkeit von web-basierten Präsentationen als PDF-Katalog.

Mittlerweile liegt eine erste Version von crowdCuratio vor. Sie wird derzeit von Bethan Griffiths und Johanna Kühne getestet wird, die unserer Forschungs- und Ausstellungsarbeitsgruppe „Judenhäuser und -wohnungen in Berlin“ angehören. Darüber hinaus haben der Kurator Gernot Schaulinski vom Stadtmuseum Berlin sowie mehrere Volontär\*innen von dort Zugang zur Testversion erhalten. Letztere überprüften die Nutzbarkeit und Einsatzfähigkeit von crowdCuratio anhand konkreter eigener Projektideen im Hinblick auf ihre je individuelle und flexible Umsetzbarkeit, die Möglichkeit der Projektplanung und -konzeption mit dem Tool, dessen Nutzer\*innenfreundlichkeit und möglichst intuitive Bedienbarkeit.

Durch die Tests wurde bereits deutlich, dass für Projekte, die auf die Partizipation von nicht-professionellen Ausstellungsmacher\*innen ausgelegt sind, auf der Plattform deutlich ausdifferenzierte Zugangsrechte für die Erstellung, Bearbeitung und Kommentierung von Inhalten benötigt werden. Zudem werden für die aktive Beteiligung von Non-Digital-Natives Hilfestellungen wie Tutorials, Einführungsvideos oder FAQs unabdingbar sein. Die Testergebnisse und Anpassungsvorschläge werden nun in die Überarbeitung von crowdCuratio einfließen. Die abschließende Projektpräsentation ist für Ende Februar 2022 geplant.

*Astrid Homann*

*Astrid Homann ist Beisitzerin im Vorstand des Aktiven Museums, für das sie das Projekt crowdCuratio koordiniert. Sie arbeitet in der Bildungsabteilung der Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen und als freie Ausstellungsmacherin.*

## LIEFERBARE PUBLIKATIONEN DES AKTIVEN MUSEUMS

### **Ausgeblendet. Der Umgang mit NS-Täterorten in Ost- und West-Berlin**

Berlin 2020

5,00 Euro

### **Immer wieder? Extreme Rechte und Gegenwehr in Berlin seit 1945**

Berlin 2019

5,00 Euro

### **Berliner Bibliotheken im Nationalsozialismus**

Berlin 2018

5,00 Euro

### **Stolpersteine in Berlin. 12 Kiezspaziergänge**

6. Auflage, Berlin 2018

12,00 Euro

### **Stolpersteine in Berlin #2. 12 Kiezspaziergänge**

4. Auflage, Berlin 2018

12,00 Euro

### **Stolpersteine in Berlin. Pädagogisches Begleitmaterial**

Berlin 2015

8,00 Euro

### **Letzte Zuflucht Mexiko. Gilberto Bosques und das deutschsprachige Exil nach 1939**

Berlin 2012

20,00 Euro

### **Ohne zu zögern... Varian Fry: Berlin – Marseille – New York**

2., verbesserte Auflage, Berlin 2008

20,00 Euro

### **Haymatloz. Exil in der Türkei 1933–1945**

Berlin 2000

20,00 Euro, CD-ROM 5,00 Euro

# **AKTIVES**MUSEUM

Faschismus und Widerstand in Berlin e.V.

Stauffenbergstraße 13-14  
10785 Berlin

[www.aktives-museum.de](http://www.aktives-museum.de)

Tel 030 · 263 9890 39

Fax 030 · 263 9890 60

[info@aktives-museum.de](mailto:info@aktives-museum.de)